



Pressemitteilung

„Wie ein Schiff auf der Sandbank – es geht nicht vorwärts“ Ständig Versprechungen der Landesregierung, aber nichts passiert

Iris Schülzke macht Druck im Landtag und stellt Mündliche Anfrage zur Fragestunde an den Landtag

Iris Schülzke aus Schlieben (EE) , partei- und fraktionslose Abgeordnete im Landtag Brandenburg, ist nicht nur Ansprechpartnerin für viele Organisationen und Berufsgruppen in der Region und im Land Brandenburg, Sie macht Druck, wenn Probleme nicht gelöst werden.

Seit Jahren wird über die Probleme im Zusammenhang mit der Rekultivierung nach dem Kiesabbau in Mühlbeg (EE) diskutiert. Leider mit wenig greifbaren Ergebnissen, „... so wie wir das aus Brandenburg und vom zuständigen Ministerium ja gewohnt sind“ – so lakonisch Iris Schülzke. Ihr Antrag im Landtag brachte 2016 Bewegung in die Sache. Dieser Antrag zum Kiesabbau in Mühlbeg war einer der ganz wenigen Oppositionsanträge in der 6. Wahlperiode der die Rot-Rote Abstimmungs-Guillotine überlebte und in den Fachausschuss überwiesen wurde und dort sogar inhaltlich behandelt wurde.

Aber Bewegung heißt ja leider noch nicht, in welche Richtung und das das Problem auch wirklich gelöst wird.

Örtliche Kommunalpolitiker, Unternehmer und Bürgerinitiativen haben Iris Schülzke gebeten den immer noch fortwährenden Stillstand zu beenden und dafür zu sorgen das endlich was passiert. „ Die Landesregierung erzählt zwar viel, aber die Ergebnisse sind minimal. Es geht nicht voran, wie ein Schiff das auf einer Sandbank feststeckt.“ So Iris Schülzke.

Deshalb reichte sie am 5.Dezember 2017 eine Mündliche Anfrage im Landtag ein, damit das Thema in der Dezemberplenarsitzung auf die Tagesordnung kommt.

Iris Schülzke

Mitglied des Landtages Brandenburg



Wortlaut:

Wie in der KA DS 6/2441 und hier im Plenum mehrfach berichtet, wurde in Mühlberg/E. eine Arbeitsgruppe „Werk Mühlberg“ mit dem Unternehmen Elbekies (Eurovia), der Stadt Mühlberg, den Landwirtschaftsunternehmen, der Bürgerinitiativen und betroffenen Bürgern eingerichtet um den Fortgang der Abbauarbeiten zu besprechen und Lösungen für Rekultivierungen herbeizuführen. Bei der 5. Sitzung der Arbeitsgruppe am 04.12.2017 stellte sich heraus, dass die nun seit einigen Jahren gemeinsam erarbeiteten Ziele der Arbeitsgruppe keine Berücksichtigung in den Abschlussbetriebsplanungen beim Werk IV finden werden. Beim Werk II Süderweiterung entwickeln sich gleichartige Probleme.

Insbesondere werden die für die Bevölkerung entwickelten 8 Projekte so z.B. für den Wassersport, durch die Untere Naturschutzbehörde, sowie durch das Landesumweltamt abgelehnt. Bei der Süderweiterung Werk II sollen die 40 ha Erweiterungsfläche wieder hergestellt werden, es sollten die Bäume die gerodet werden in Mühlberg /E wieder gepflanzt werden. Diese von den Mühlbergern beantragte Maßnahme, die besonders die Erosion und scharfen Kiesstürme unterbinden soll, darf nach Aussagen der Forstbehörde nicht in Mühlberg/E umgesetzt werden, weil die möglichen zu bepflanzenden Flächen in der Gemarkung zu klein sind. Nicht nur Unverständnis wurde diesem Sachstand am 04.12.2018 entgegengebracht, da Herr Staatssekretär Fischer und der Präsident des Bergamtes am 29.11.2018 beim Kiesgipfel in Mühlberg die Berücksichtigung der Anregungen und Hinweise aus Mühlberg nachdrücklich versicherte und schriftlich dokumentierte.

Formale Regelungen (so die Schreiben der UNB vom 16.07.2017 und des LFU vom 20.11.2017) sollen hier, gegen die Bürger und Unternehmen, die eine echte Rekultivierung im Sinne der Betroffenen mit Bepflanzungen, Waldherstellung, Flächenwiederherstellung, Wegegestaltung an den Restlöchern anstreben, erneut umgesetzt werden. Der Wille der betroffenen Bürger wird erneut völlig ignoriert, die Bürger erwarten eine ordnungsgemäße Beteiligung einschließlich der Umsetzung natürlicher Forderungen der Rekultivierung. Weitere Konflikte stellen sich durch die unbekanntenen Planungen der Deichbaumaßnahmen im Bereich der Kieswerke an der Elbe ein.

Ich frage die Landesregierung:

Nach diesem erneuten Misstrauens Aufbruch zu den oberen Behörden bezüglich der Rekultivierung sowie der Deichsanierung ist es erforderlich, erneut Vertrauen herzustellen, auch um die Zeitpläne insgesamt und die Bepflanzungspläne bis Ende März 2018 einhalten zu können. Was unternimmt die Landesregierung, um insbesondere die Naturschutzbehörden, Die Wasserbehörden und die Forstbehörde zu sensibilisieren, die Vorschläge der Bürgerschaft und der Unternehmen ernsthaft und fachlich begleitend umzusetzen, damit eine Rekultivierung überhaupt möglich wird?

Iris Schülzke